

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hievu Bestelgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,

Enzklösterle etc.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die klein-
spaltige Gernondzelle.
Kontinental 15 Pfg. die
Zeilzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Vereinbarung.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 92.

Donnerstag, den 22. April 1909.

26. Jahrgang.

Steuergespräche

von Friedrich Naumann

11.

Der Liberale: Wir haben zu allen Zeiten die „Liebesgaben“ bekämpft, das heißt die politischen Geschenke, die die Regierung verteilt, um Geld zu bekommen. Der ganze Staat soll der ganzen Nation gehören, soll ja sagen eine „Liebesgabe“ für alle sein, aber sicherlich nicht ein Handelsbrot für agrarische Privilegien. Also wir haben eine gebundene Marktroute. In vielen Dingen können wir nachgeben (manche von uns haben darin eine schöne Fertigkeit), aber auf Kontingentsvermehrungen, Brennrechte, Brauereirechte, kurz auf neue Liebesgaben und Jänflerei können wir uns nicht einlassen. Das mag machen, wer will! Wenn der „Blod“ daran zugrunde geht, so laß ihn fahren dahin! Er war sowieso in der letzten Zeit schon recht schwindsüchtig. Was hat er denn für das Wahlrecht in Preußen geliefert und für die Ministerverantwortlichkeit? Die „Paarung konservativen und liberalen Geistes“, von der Fürst Bülow vor reichlich zwei Jahren geredet hat, war sozusagen eine „Eheirung“. Vielleicht war sie nötig. Alles ist nötig, was unvermeidlich ist. Geschehen hat es uns nichts, aber nun zeigt es sich doch, daß wir gewissermaßen die Geister haben. Jene haben den Geist des Kontingents und der Liebesgabe. Bei ihnen herrscht ein Realismus in Staatsfragen, der erstaunlich ist. Der Konservative vermag mit heiterer Miene dem Staate die Mittel, wenn er dabei nichts bekommt. Sehr patriotisch ist das nicht, aber althergebracht. Mag er sich mit dem Staatssekretär unter dem Segen der Priester verkontingentieren! Nur wollen wir uns darüber klar werden, welche Aufzählung wir als Liberale von den Staatsfinanzen haben. Wir gehen zu, daß der Staat viel Geld braucht. Das ist heute eine allgemeine Ueberzeugung aller Liberalen, aber allerdings keine sehr alte Ueberzeugung, denn die ältere Generation von Fortschrittler und Demokraten war mehr darauf aus, die Mittel des Staates so knapp zu halten, als irgend möglich. Man soll ihnen daraus keinen Vorwurf machen, denn sie waren noch die Kinder des armen alten Deutschlands vom Jahre 1848. Und übrigens auch heute muß allen Verursachern von Staatsgeld auf die Finger gesehen werden. Doch das nebenbei! Wir wissen also, daß wir neue Geldquellen öffnen müssen, sobald wir im Staate hülferreich werden. Wer dem Staate die notwendigen Mittel vermag, der wird unweigerlich von denen beherzigt, die die Mittel beschaffen. Das ist ja auch der Grund, weshalb es vielen von uns so blutfauer wird, sich nicht an der Finanzreform zu beteiligen. Man möchte ein Ueberzes-

tun, um nicht zu den Beherrschten zu gehören. Aber was hilft's, was hilft es? Die Liberale können nicht an beliebigen Stelle mitten in der konservativen Wirtschaftperiode sich in den konservativen Marktwagen setzen, wenn sie nicht ihre eigenen Zukunftshoffnungen in den Straßengraben werfen wollen. Eine liberale Finanzreform müßte nämlich mit Hinwegräumung der konservativen „Zölle“ und Kontingente beginnen. Daß das jetzt nicht geht, weiß jedermann, der die Ziffern der Parteien kennt, aber wahr ist es trotzdem. Genau das, was vor 70 Jahren Robert Peel in England getan hat, muß in Deutschland geschehen. Robert Peel setzte die Zölle auf notwendigen Lebensbedarf herab, setzte die direkten Steuern herauf und führte England auf die Bahn, von kapitalistischen Steuern und von Genussmitteln (Tabak, Tee, Kaffee, usw.) seinen Staatsbedarf zu bestreiten. Er setzte die Zölle herab, um dadurch das Volk steuerkräftig zu machen und, obwohl man ihm dieses vorher nicht glauben wollte, gelang es ihm glänzend. Das ist keine Theorie, sondern ein kontrollierbares wirtschaftsgeschichtliches Erlebnis ersten Ranges. Auch in Deutschland würde es ungefähr so sein. Jetzt lastet auf der Menge des Volkes infolge der Zölle eine Privatsteuer, die höher ist als die Staatssteuer, nämlich alle jene Gaben lasten auf der Masse, durch welche sich die Regierung ihre Mehrheiten willig gemacht hat. Wir werden erdrückt von Liebesgaben, das heißt von einem System preisverteuernder Staatsmaßnahmen, welches den geschäftigen Gewerben zu gute kommt, in ihnen aber wesentlich zur Erhöhung der Bodenrente und des Anlagekapitals dient. Die Masse zahlt bei uns schon heute genug für den Staat, nur zahlt sie es infolge der konservativen Regierungsart zur Hälfte an Privatbesitzer. Sobald die Regierung einmal die Korona der Räte von sich abschüttelt, wird der schönere Morgen der Reichsfinanzen tagen. Bis dahin — Nichtwerk, Stückwerk, Systemlosigkeit, so wie man es vor Augen sieht. Die wahre Finanzreform kann mit keinem Reichstag gemacht werden, der eine schutzjüngerische Mehrheit besitzt. Da aber sowohl der jetzige, wie auch wahrscheinlich der nächstfolgende Reichstag diese schutzjüngerische Mehrheit aufweist, so ist die Aussicht gering, daß wir vor Ablauf der jetzigen Zölle eine Finanzreform erhalten, die mehr ist als Hinrichtung. Natürlich muß es geschehen, weil wir sonst in Reichsschulden ertrinken, aber das Notwendige kann nicht geschehen: die Abschüttelung der Liebesgabenpolitiker. Das ist der Zwang dieser Lage. In ihr werden wir an den Vorschlägen der Regierung mitarbeiten, soviel uns möglich ist, um gar zu tolle Auswüchse des Liebesgaben-systems zu verhindern, aber wenn das nicht

gelingt, dann mögen die Ritter und die Priester ihre Protektionssteuern allein zustande bringen! Das ist dann besser, als wenn wir auch uns damit die Hände fleckig machen. Das Deutsche Reich leidet am konservativen Wirtschaftssystem, am System der Räte. Wenn einmal dieses gestürzt wird, dann erst kommt ganz von selbst die Finanzreform, denn dieser Sturz ist die Finanzreform. Jetzt fressen die Zölle den Staat auf, denn erstens verteuern sie alle Staatseinkäufe, zweitens verteuern sie das Leben des Staatsbeamten und drittens schwächen sie die Steuerkraft der Masse. Solange man diesen Wolf im Hause hält, gedeiht das Lamm der Reichsfinanzen nicht. Aber — der Zoll hat die Mehrheit. Alle Minister wissen das, wer aber kann es ändern? Erst im neuen Liberalismus, der aus der Bevölkerung aufsteigt, wird die Reichsnot heilen. Vielleicht kommt es bald. — man muß arbeiten und hoffen, aber zunächst, für jetzt ist an eine wirklich liberale Reichswirtschaft nicht zu denken. Dazu sind wir zu tief eingefahren in die konservativen Agrarierwege.

Fürst Bülow und das neue Programm der Reichsfinanzreform.

Der Reichskanzler hat am Dienstagabend die württ. Abordnung und ebenso die Abordnung anderer Staaten, die auf Grund von Volkstumsgebungen die Bitte auf schleunige Durchführung der Reichsfinanzreform vortragen, empfangen. Auf die verschiedenen Ansprachen erwiderte Fürst Bülow in einer langen Ansprache. Er fehe die Kundgebung an als eine Mahnung an die Parteien, sich mit dem Gedanken der nationalen Notwendigkeit noch mehr als bisher zu erfüllen und als einen Gegendruck gegenüber dem an Terrorismus grenzenden Versuchen der Gewerbevereine, besonders des Tabakvereins, die Steuern von sich abzuwälzen. Es sei der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage noch in dieser Session des Parlaments herbeizuführen. Der Reichstag werde nicht auseinandergehen, bevor er endgültig zur Finanzreform Stellung genommen hat. Wie wird die Reform im einzelnen sich gestalten? Nachdem sich leider ergeben habe, daß für die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Inzeraten keine Mehrheit zu erlangen ist, werden die verbündeten Regierungen diese Steuern fallen lassen müssen. Für die Lücke muß Ersatz geschaffen werden. Er sei zwar heute noch nicht in der Lage, hierüber bestimmte Mitteilungen zu machen, habe aber dahin gewirkt, daß sich die verbündeten

Jede Kluge zingt von Furcht, und das bricht den Stab über sie.
Arthur Schopenhauer.

Das Haus am Rhein.

Roman von Anna Wolke.

(Fortsetzung.)

Wir sehen ihn nur zu den Mahlzeiten. Mammas Salon, in dem wir die meiste Zeit des Tages zubringen, bereitet Papa nur bei ganz außerordentlichen Veranlassungen, sonst sitzt er auf seinem Zimmer oder arbeitet im Garten. Auch streift er wohl in den Weinbergen und in den Wäldern einsam umher. Die Menschen nennen ihn einen Sonderling, ja wohl noch schlimmer — einen Wahnsinnigen und lassen ihn seine eigenen Wege gehen, und wir — wir sehen ihn leiden, ohne ihm helfen zu können. Lilly, deren Zimmer neben dem Papas liegt, behauptet, sie höre ihn oft des Nachts im Traume weinen. Als ihr Briefchen kam, Fräulein Dären, da erwog ich mit Leonore ernstlich, ob es recht sei, Sie die Sie selbst leiden, in so mißliche Verhältnisse zu bringen, wie sie in unserem Hause herrschen, doch Mama wollte sie durchaus hier haben, weil sie glaubt, Ihnen helfen zu können, und Lore schute sich so sehr nach ihrer lieben Lehrerin und Freundin und darum gaben wir nach und jetzt — ach jetzt bin ich froh, daß Sie bei uns sind, daß ich es kaum sagen kann. Räumen Sie ob meiner Offenheit? Fringard schloß das liebliche Mädchen, aus deren Rede, ein Ernst und eine Tiefe der Empfindung sprach, die sonst zu jungen Mädchen nicht eigen, in ihre Arme und Wüste sie innig. „Wir wollen Freundinnen sein, Mama“, sagte sie, „und gemeinsam zum Lichte streben. Wollt Du?“ Nur ein strafender Blick aus den süßen blauen Augen war die Antwort, denn soeben ließ sich Fräulein

Clarissas stöhnende Stimme vernehmen, die mit Leonore in die Laube trat und Fringard entgegenrief:

„O wunderschön ist Gottes Erde
Und wert, darauf vergnügt zu sein!“

Dabei warf sie einen verzückten Blick zum Himmel und streckte die Arme theatralisch empor, als wollte sie damit die ganze Welt umfassen, Fringard mit einbegreifen, die sich aber durch eine geistliche Wendung der ihr zugehenden Viehstörung entzog.

„Wir dachten Lilly bei Euch zu finden“, sagte Leonore, indem sie ihren Arm um Fringard legte. „Kommt, wir wollen sie suchen“. Leonore und Renate nahmen Fringard in die Mitte und ließen Fräulein Clarissa stehen, doch diese schien eine derartige Behandlung schon zu kennen, denn unbekümmert darum brach sie mit schmachtenden Blicken eine rote Rose, und während sie wie eine Wachtel hinter den jungen Mädchen dreinhüpfte, zwifte sie ein Rosenblatt nach dem andern aus der Blätterkrone, indem sie erwartungsvoll flüsterte: „Er liebt mich von Herzen, mit Schmerzen.“ Das Endergebnis dieser interessanten Beschäftigung war natürlich: „Ja sogar nicht.“

Doch wo war Lilly geblieben?

Sie hatte fein säuberlich, mit mehr Ernst, als man ihr zutrauen mochte, ihre Aufgaben beendet, hatte vorsichtig in Papas Zimmer gesucht, der, wie sie bemerkte, sein Mittagsgeschlächchen hielt, und war dann leise an Fräulein Clarissas Tür vorbei in den Garten geschlüpft, wo sie sich nach Möglichkeit vergnügte. Zuerst probierte sie die Schaukel und juchzte lustig in die blaue Luft, wenn eine Kraftanstrengung ihrerseits sie hoch bis an die Wipfel der grünen Bäume führte. Dann wand sie sich ein zierliches Kränzlein von grünen Reben und drückte es auf ihr blondes Krausbüschchen, ihren Gartenhut setzte sie etwas lässig dem marmornen Amor, der den Garten schmückte, auf's Haupt und da ihr Amor noch nicht schön genug erschien, nahm sie ihr weißes Batistbüschchen ab und band es geschickt dem kleinen Liebesgott als Mantelchen um die Schulter. Dann nickte sie ihm freundlich lächelnd zu und begann mit kleinen Steinchen ein Bombardement auf eine große

Birne, die sich hoch oben am Wipfel des Baumes wiegte. So viel Steinchen auch hinaufflogen, die Birne wollte nicht kommen. Es war ein entzückender Anblick, die blühende kraftvolle Mädchengestalt mit dem weinumkränzten Köpfchen sich so anmutig bewegen zu sehen. Die Wangen glühten vor Eifer wie die Rosen, und die schwarzen Augen, leuchtend wie Kirschchen, lachten begehrend zu der Birne hinauf.

Lilly hatte es nicht bemerkt, daß zwei Herren, dieselben, die sie am Vormittag vom Wagen aus begrüßt, sie schon längere Zeit beobachteten, und jede ihrer Bewegungen mit bewundernden Blicken und lächelndem Munde verfolgten.

„Hurrah!“ rief plötzlich Lilly. Die Birne war gefallen. Zuerst strich der Badschiff lieblos über das rote Bäckchen der Frucht, dann aber bissen die kleinen süßen Zähne herzhaft hinein und man sah es der Kleinen an, wie gut ihr die wohlverdiente Birne schmeckte.

„Fräulein Lilly, ich lege mich Ihnen zu Füßen“, rief plötzlich der junge Leutnant von Bredem, während auch sein älterer Begleiter höflich grüßend hinzutrat, „aber Sie müssen mir auch eine Birne schenken.“

„Wörtlich?“ fragte Lilly lakonisch und zeigte auf den Boden zu ihren Füßen.

„Wörtlich“, entgegnete der Leutnant und ließ dem Wort die Tat folgen.

Die Kleine hatte inzwischen die Birne bis zur Hälfte verzehrt.

„Da!“ sagte sie und reichte dem vor ihr knieenden jungen Manne die andere Hälfte der Birne dar:

„Geteilte Freud' ist doppelte Freud'.“

„Das hat sie von Fräulein Clarissa“, bemerkte der Leutnant bedeutungsvoll zu Herrn von Waldenburg, während er mit großem Behagen die halbe Birne verzehrte, Lilly aber lehnte ihm den Rücken und hingte sich an Herrn von Waldenburgs Arm, sich bei demselben im munteren Plauderton nach Frau von Bredens Befinden erkundigend.

Fortsetzung folgt.



Regierungen in den allernächsten Tagen endgültig über die Stellung schlüssig machen, die sie zu der Frage der Erbschaftsteuer für die 2. Lesung im Reichstag einnehmen wollen. An den leitenden Gedanken und an den Hauptzügen des großen Werkes aber halten die verbündeten Regierungen fest.

Kaiser Bälou hält in der Frage der Brauweinsteuerung am Staatsmonopol fest und erklärte, daß die verbündeten Regierungen die Nachlasssteuer werden fallen lassen, daß aber an ihrer Stelle eine Ausdehnung der Abgabe auf die nächsten Anverwandten in Form einer Erbanfallsteuer vorgesehen sei. Nach dieser Richtung führte der Reichskanzler aus: Ich persönlich nehme es durchaus nicht leicht, mich in dieser Frage noch im Widerspruch mit manchem alten Freunde zu befinden. Aber auch nach reiflicher Erwägung kann ich von der Auffassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftsteuer ein Opfer an konservativen Grundgedanken nicht involviert. Ich begrüße es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben Auffassung gelangt sind und verweise dafür auf die Beschlüsse der konservativen Partei in Sachsen. Ich meine auch, daß die Stimmen aus dem Mittelstande bei der nächsten des Reichstages nicht ungehört verhallen sollten. In keiner Weise aber vermag ich die Bedenken zu teilen, daß ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament wie der Reichstag gerade mit der Erbschaftsteuer Unheil stiften könne. So lange die Sozialdemokratie nicht Bundesrat und Reichstag beherrscht, so lange besteht nicht die Gefahr konfiskatorischer Ausbeutung dieser Steuer. Sollten aber einmal die Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand nehmen — in den nächsten Jahrhunderten wird man das nicht erleben — so würden die Erbschaften daran glauben müssen, möge die Sozialdemokratie die Deszendenzbesteuerung vorfinden oder nicht. Mit dem Vorwurf des Sozialismus soll man uns also nicht kommen! Vor dem brauchen wir uns so wenig zu fürchten, wie es Kaiser Bismarck tat. Ich bleibe also der Überzeugung: Was in den verschiedensten Ländern der Welt, was in den Handelsstädten und in Elsaß-Lothringen, den deutschen Kantonen der Schweiz, in Oesterreich-Ungarn, in England, in Frankreich in jahrzehntelanger Übung zu keinen Mißständen und keiner Erschütterung des Familieniens geführt hat, das wird auch in Deutschland, wenn sich die Wogen gelegt haben, als eine erträgliche Steuer angesehen werden, und spätere Generationen werden die Erregung unserer Tage in dieser Hinsicht kaum noch begriffen können.

Der Reichskanzler faßte seine Ausführungen in Bezug auf die Neugestaltung der Reichsfinanzreform dahin zusammen:

Die Reform soll aufbringen 500 Mill. Mark. Sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Mill. Mark neuer Matrikularbeiträge, aufbringen in Form reichsweiser Einnahmen und zwar, wenn die Fahrkartensteuer in verbesserter Form bestehen bleibt, mit 350—360 Mill. Mark vom Konsum und mit 90—100 Mill. Mark vom Bier und Tabak rund 280 Mill. Mark bringen. Weitere 70—80 Mill. Mark sollen durch die sog. Erbschaftsteuer, aber die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachlasssteuer wird in eine Erbanfallsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Werk noch in dieser Tagung.

Die Rede, die, abgesehen von der Bestätigung von dem Falllassen der Nachlasssteuer nichts Neues enthält — bezüglich der Erbschaftsteuer sind ja nur Andeutungen gemacht worden — hat bei den patriotischen Feuerbegeisterten Herren der Deputationen vielen Beifall gefunden. Es mag noch erwähnt sein, daß zum Sprecher der württ. Deputation Graf Linden-Stuttgart bestimmt war; außer ihm sprach aus Württemberg noch Kommandeur Heilner-Stuttgart namens des württ. Industrieverbandes.

Rundschau.

Der Deutsche Reichstag

hat am Dienstag seine Sitzungen wieder aufgenommen. Zunächst wurden eine Reihe Petitionen, zu denen Wortmeldungen nicht vorlagen, gemäß dem Antrag der Petitionskommission erledigt. Auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Wölzl wurde sodann die Petition zur Abänderung bzw. Aufhebung des Paragraphen 13 des Zolltarifgesetzes (Ostroj) in Verbindung mit einer Petition auf Einschränkung der Getreideausfuhr beraten. Die Kommission beantragte Uebertragung zur Tagungsordnung bzw. Ueberweisung zur Erwägung, während Wölzl vorschlug, das Inkrafttreten des § 13 bis zum 31. Dezember 1914 hinauszuschieben. Diese Anträge riefen eine längere Debatte hervor in deren Verlauf der freisinnige Abgeordnete Götthein ausführte, man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß im Jahre 1914 die gleichen Gründe wie jetzt für eine weitere Hinausschiebung vorgebracht werden. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hoffe, daß die Mehrheit des Reichstages ihren alten Standpunkt für die Aufhebung des Ostroj im Jahre 1910 beibehält. Auf Antrag von 51 Abgeordneten wurde beschlossen, über den Antrag Wölzl namentlich abzustimmen und die Abstimmung am Mittwoch vorzunehmen.

Was die Jungtürken in Konstantinopel wollen.

Der Chef der vor Konstantinopel befindlichen makedonischen Truppen, Husei Pascha, erließ an die Garnison Konstantinopels einen Aufruf, worin er verlangt, daß alle Mannschaften der Garnison, einen feierlichen Schwur ablegen, den Befehlen ihrer Vorgesetzten blind zu gehorchen und sich in Zukunft nicht mehr in Politik zu mischen. Die Mannschaften müßten sich fernhalten von Offizieren, der Wiedereinsetzung aller Offiziere und Unteroffiziere in die Stellen, die sie vor dem Auf-

stand innehaben, keinen Widerstand entgegenzusetzen. Ferner verlangt der Aufruf, daß die Soldaten der Hauptstadt sich nicht um die Nachgabe zu kümmern haben, welche die Belagerungstruppen zur Bestrafung derjenigen treffen werde, welche das Vaterland in Gefahr gebracht haben. Die Soldaten müssen sich endlich verpflichten, die Namen aller der Personen anzugeben, welche sie zum Aufruf angezweifelt haben. Wenn alle diese Forderungen erfüllt würden, dann werde den Mannschaften der Garnison nichts geschehen. Auch erließ Husei Pascha einen Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem erklärt wird, die Ankunft der makedonischen Truppen bezwecke, alle Verrätern des Vaterlandes, die mit der Verfassung unzufrieden seien, eine endgültige Lektion zu geben. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit werde gewahrt werden. Niemand außer den an den letzten Vorgängen Beteiligten habe von den Truppen etwas zu fürchten. Die Bevölkerung solle sich nicht in Schreden versetzen lassen.

Tages-Chronik.

Berlin, 20. April. In Hofkreisen sind Gerüchte von einer Verlobung des Prinzen Oskar mit seiner Cousine Prinzessin Viktoria Margarete, der ältesten Tochter des Prinzen Friedrich Leopold, in Umlauf.

Magdeburg, 20. April. Auf Veranlassung des Vereins zur Förderung der Elbeschiffahrt wird nach Berlin ein Schiffsfesttag einberufen, und zwar voraussichtlich Mitte Mai, auf welchem die Schiffer der Elbe und benachbarten Wasserstraßen noch einmal Stellung zum Schiffsfahrtsabgabengesetz nehmen werden. Man befürchtet, daß die Einführung des Gesetzes eine unerträgliche Belastung der Flußschiffahrt zur Folge haben werde. Es wird darum angeregt, auch die Landwirtschaft zu den Kosten der Flußregelung heranzuziehen, da diese an der Flußregelung und der Vorflutregelung das gleichgroße Interesse hätten.

Korin, 20. April. Der Kreuzer Hamburg, der sich hier als Begleitschiff der Jacht Hohenzollern befindet, hat Befehl erhalten, sich nach Messina zu begeben.

London, 20. April. Eine Meldung des Reuterschen Bureau aus Konstantinopel von heute besagt, daß Konstantinopel zufolge bei den letzten Unruhen im Vilayet Adana fünftausend Personen getötet worden sind.

Belgrad, 20. April. (Wiener Korrespondenz-Bureau). Der Kronprinz Alexander soll, wie der König auf Antrag einer besonderen Kommission beschlossen hat, bis zum Herbst d. J. in Belgrad bleiben und von Dezember ab die Universität Bonn besuchen.

Budapest, 20. April. Der deutsche Kaiser hat König Carol aus Anlaß seines heutigen 70. Geburtstages zum kgl. preussischen Generalfeldmarschall ernannt. Der Kronprinz hat dem König heute von dieser Ernennung Kenntnis gegeben und ihm zugleich im Namen seines kaiserlichen Vaters einen Marschallstab überreicht.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 20. April.

Präsident v. Haber eröffnet die Sitzung um drei Uhr. Die Beratung

des Etats des Innern

wird bei Kap. 30 fortgesetzt.

Nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters Rembold-Gmünd kommt Dr. Giese (Sp.) auf die Errichtung neuer Apotheken im Lande zu sprechen.

Minister des Innern Dr. v. Bischof betont hinsichtlich der zu dem vorliegenden Teil von der Kommission eingeleiteten Anträge über die Errichtung landespolizeilicher Vorposten für den Verkehr von Kohlenäureflaschen, daß das Ministerium auch ohne die Anregung der Kommission seinerseits die erforderlichen Schritte eingeleitet habe.

Zu Kap. 32, orthopädische Heilzweck, bei Andre (St.): Besprochen über die Behandlung des in das Medizinisch-chirurgische Institut in Gießen in Kranen der Minister Dr. v. Bischof: Er habe auf die Beschlüsse, die der Abg. Andre schon vor zwei Jahren in dieser Hinsicht vorgebracht habe, seinerzeit Ermittlungen anstellen lassen. Von den beteiligten Ärzten sei die Wichtigkeit der damals in Angaben des Abg. Andre entschieden bestritten worden. Es handle sich hier übrigens nicht um ein staatliches Institut.

Nach kurzer Bemerkung des Abg. Andre wird das Kap. genehmigt.

Man kommt hierauf zu Kap. 33, Landeshebammen-Schule, worüber Abg. Rembold-Gmünd (St.) berichtet.

Minister v. Bischof gibt zunächst einen Ueberblick über die Zeit der Gründung der Landeshebammen-Schule und geht sodann auf die rechtlichen Verhältnisse dieser Anstalt ein. Durch Vereinbarung von 1862 sei festgelegt, daß die Landeshebammen-Schule eine in staatlicher Verwaltung befindliche Stiftung darstelle. Von der Stadt Stuttgart wurde damals eine Leistung die Auffassung vertreten, daß die Hebammen-Schule als ehemaliger Teil des Karolinenhospitals Eigentum der Stadt sei. Neuerdings haben wiederum Unterhandlungen zwischen Stadt und Stadt Stuttgart stattgefunden, die aber bis jetzt nicht zu einem Abschluß gelangt sind.

Berichterstatter Rembold-Gmünd, der hierauf das Wort ergreift, bleibt auf der Tribüne völlig unverständlich. Das Kapitel gelangt hierauf zur Annahme.

Man kommt nun zu Art. 54, Zentralfelle für die Landwirtschaft.

Berichterstatter Bergler v. Bergler: Die landwirtschaftlichen Betriebe seien genötigt, ausländische Arbeitskräfte beizuziehen. Es würden neuerdings wiederholte ärztliche Untersuchungen dieser Leute vorgenommen, was die Anziehung solcher Arbeitskräfte erschwere. Auch die Frage der Haltung von Vögeln zur Inzuchtvermehrung sollte geklärt werden.

Minister Dr. v. Bischof: Es sei keine Ueberweisung der Angelegenheit des Oberamtsarztes, wenn er wiederholt solche Untersuchungen vornehme. Im vorigen Jahre seien Fälle von

gefährlichen Augenentzündungen vom Medarsum verschleppt worden. Es liege im Interesse der ganzen Bevölkerung und namentlich auch im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter selbst, wenn durch Untersuchungen der Ausbreitung solcher Krankheiten, auch der Tuberkulose, vorgebeugt wird.

Strebel (B. R.): Bringt die mißliche Lage der hiesigen Brenner und einige Mißstände in der Versteigerung zur Sprache. Der Landwirtschaftsverein erwachte ein immer größerer Verlust durch die Güterschlächtereien, die fortgesetzt um sich greife. Es könnte vielleicht beiseite eingestrichen werden, indem man die Darlehenskassen, die sich der Sache annähmen, unterstütze, namentlich wenn die Kassen bei Ankauf freiverkäuflicher Grundstücke Verluste erleiden.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Bergler gelangen mehrere Titel zur Annahme.

Zu Tit. 4 kommt Graf (B. R.) auf die Kritik in der Presse zu der Haltung des „Landwirtschaftl. Wochenblattes“ in Sachen der Nachlasssteuer zu sprechen. Die Streitfrage, ob das „Landwirtschaftl. Wochenblatt“ Regierungssorgon sei oder nicht, werde erst verschwinden, wenn der staatliche Zuschuss nicht mehr geleistet zu werden brauche. Die Beiträge der Zeitung sollte von den Abonnenten getragen werden; damit würde das Defizit beseitigt. Wenn der Antrag auf Streichung des Zuschusses für das Blatt hier gestellt werden sollte, so wäre seine Fraktion die erste, die für diesen Antrag stimmen würde. (Bravo! im Bauernbund.)

Keil (Soz.): Dem agitatorischen Standpunkt des Bundes der Landwirte sei in dem landwirtschaftl. Blatt anlässlich der Nachlasssteuer Rechnung getragen worden. Es frage sich hier allerdings, ob angesichts dieser Tatsache der Zuschuss aus allgemeinen Staatsmitteln weiter gewährt werden könne. Eine Erhöhung der Inseratenpreise würde anstreichen das Defizit des Blattes zu beseitigen, das aber auch dann nicht ein einseitiges Organ des Bundes der Landwirte werden dürfte.

Dr. Giese (Sp.): Er würde es begrüßen, wenn ein Weg zur Beseitigung des Defizits gefunden werden könnte. Ueberlassend sei es, daß die Anregung auf Streichung des Zuschusses gerade vom Bauernbund komme. Der Bundesrat habe sich aber gleich gezeigt, der Bauernbund möchte das Organ im Sinne seiner parteipolitischen Bestrebungen redigiert wissen.

Sommer (St.) schließt sich in der Hauptsache den Ausführungen des Abg. Graf an.

Schöck (Sp.) tritt für Beibehaltung des Zuschusses ein, wie er jetzt geleistet wird.

Wanleon (B. R.): Das „Landwirtschaftl. Wochenblatt“ bringe doch äußerst selten agitatorisch politische Artikel. Im allgemeinen sei die Haltung des Blattes durchaus sachlich und einwandfrei.

Keil (Soz.) stellt und begründet den Antrag, durch Erhöhung der Inserat- und Abonnementgebühren des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“ das Zuschussbedürfnis zu beseitigen.

Minister des Innern Dr. v. Bischof: Er sei allerdings auch der Meinung, daß, solange das „Landwirtschaftl. Wochenblatt“ von der Regierung herausgegeben und von einem Regierungsbeamten verantwortl. gezeichnet werde, solche Artikel, die in ihrem Inhalt den Landesgeboten Regierungserklärungen zuwiderlaufen, wenigstens in einer Form erscheinen, welche die Meinung ausschliesse, als handle es sich um Regierungssartikeln. (Sehr richtig!) Diesen Erfordernissen trage der in Nr. 15 des Blattes erschienene Artikel nicht Rechnung. Er habe deshalb auch nicht geögert, der Redaktion des „Landwirtschaftl. Wochenblattes“ seine Ansicht hierüber anzustellen. (Beifall.) Uebrigens werde in der nächsten Nummer des Blattes eine Erwiderung kommen, in der die zahlreichen Irrtümer der Nr. 15 des Blattes nachgewiesen werden. Im übrigen werde die ganze Frage des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“ ruhig verschoben werden können bis zum Zustandekommen des Landwirtschaftskammergesetzes. Er hoffe, daß die Vorlage bald Gesetz werde.

Keil (Soz.) ändert seinen Antrag folgendermaßen ab: Die Regierung zu ersuchen, eine Erhöhung des Inserationspreises und des den landwirtschaftlichen Vereinen gewährten Bezugspreises in Erwägung zu ziehen.

Stuttgarter (St.): Gegen eine Erhöhung der Abonnementgebühren habe er und seine Freunde Bedenken, dagegen stimmen sie der Erhöhung der Inserationsgebühren zu. Strebel (B. R.): Das Gesamtkollegium der Zentralstelle, das über die Redaktion zu wachen habe, sei keine staatliche Behörde, das Blatt sei das Blatt der landwirtschaftl. Vereine, die es auch im wesentlichen bezahlten. Seine Partei stimme gegen die Erhöhung des Abonnements- und Inserationspreises.

Dr. Mülberger (B. R.): Er würde es bedauern, wenn das Blatt, das auch von zahlreichen Industriearbeitern gelesen werde, teurer werden würde.

Der Titel wird genehmigt.

Der Antrag Keil (Soz.) abgelehnt.

Zu Titel 5 regt Berichterstatter v. Bergler (B. R.) an, ein Lesegemisch einzurichten.

Der Antrag wird eine weitere Folge nicht gegeben.

In Beiträgen für landwirtschaftliche Vereine werden für jedes der beiden Etatsjahre 35 000 Mark verlangt und genehmigt.

Man kommt zum Titel: Für einzelne landwirtschaftliche Zwecke. Für Förderung der Obst- und Gemüsebau werden 14 000 Mark egiert. Es soll ein Obst- und Gemüsebau-Schwerstandiger mit einem jährlichen Aufwand von 5000 Mark aufgestellt werden.

Eine Eingabe der Bauwirtschaft zu diesem Punkt ist spät eingelaufen, um noch behandelt zu werden.

Sommer (St.) hält den Mehraufwand von 5000 Mark für berechtigt.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Ziffer genehmigt. Für Förderung des Weinbaus werden 10 000, für sonstige Maßnahmen zur Förderung des Pflanzenbaus 8000 Mark genehmigt.

Für Förderung der Rindviehzucht und des Melkviehwesens werden je 120 000 Mark vorgeschlagen, also 15 000 Mark weniger, als für 1907 und 1908 vorgeschlagen wurde.

Schöck (Sp.): Er behaupte die Ersparnis bei diesem wichtigen Titel.

Sommer (St.): Er sei mit einer Einschränkung der Begleitstudien einverstanden.

Sommer (St.) ist derselben Meinung.

Minister des Innern Dr. v. Fischer: Sparmaßregeln hätten die Regierung zu dem Schritt veranlaßt. Welche sich die zweijährige Schau nicht, so lasse sich wieder darüber reden.

Zimmendorfer (B. A.): Bezüglich der Frage der Regie. über Privatdarlehen komme es ganz auf die Verhältnisse der einzelnen Gemeinden an. Er empfehle dem Minister, soviel als möglich zu disponieren. (Große Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kessler (Str.) folgt

Guoth (B. V.): Viel richtiger sei es, wenn solche Dinge in einer Landwirtschaftskammer behandelt werden. (Sehr richtig!)

Schad (Rp.): Er sei der Meinung, daß die billige Forderung nicht die beste sei.

Minister des Innern Dr. v. Fischer: Er könne sich keine Anschauung im wesentlichen anschließen. Der Minister möge einzelne Ausführungen über die seitherigen Erfahrungen und erwidert auf verschiedene Ausführungen der Vorredner.

Nach nochmaligen Ausführungen Kesslers (Str.), die öfters von Heiterkeit unterbrochen werden und auch zu einem Ordnungsruf seitens des Präsidenten führen, sowie nach kurzen Bemerkungen des Abg. Zimmendorfer (B. A.) nimmt der Abg.

Ströbel (B. A.) die Preisrichter gegen die Vorwürfe des Abg. Kessler in Schutz. Auf die Chronikhaftigkeit und Unabhängigkeit der Preisrichter lasse er keinen Anstoß fallen. Der Titel wird genehmigt, ebenso weitere Titel.

Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen vorm. 9 Uhr. mit der Tagesordnung: Fortsetzung. Schluß 1/8 Uhr.

leit war aber die Gattin des Oberbürgermeisters, die mit ihrem Mann in Gütergemeinschaft lebt, nicht einverstanden. Sie fordert in einem Schreiben an die bürgerl. Kollegien die Hälfte des geschätzten Mehrwerts, d. h. 50 000 Mark. Die Kollegien suchten nun um die heikle Sache heranzukommen, indem sie die 50 000 M in Form einer Dotation an den Oberbürgermeister verwilligten. Diese Dotation wird aber auch noch dadurch interessant, daß die bürgerl. Kollegien von Ulm es waren, die um Verlängerung der Fleischsteuer einkommen sind, weil die Stadt Ulm das Geld notwendig brauche. Und jetzt schenkt man 50 000 M mit der Begründung her, daß die Finanzlage der Stadt Ulm dies gestatte. Kein Wunder, daß über die bürgerl. Kollegien von Ulm jetzt Dohn und Spott ausgeschüttet wird.

Friedrichshafen, 20. April. Aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften wird dem Schwäbischen Merkur geschrieben: Beim neuen Zeppelinballonhallenbau (Konstanzer Halle) wurde von den sozialdemokratisch organisierten Zimmerleuten ein christlich organisierter Zimmermann aus der Arbeit gedrängt, weil er nicht ihrem Verband beitreten wollte. Entweder er trete über oder er müsse gehen. Sie drohten dann dem Bauführer mit Arbeitsniederlegung, wenn der Betreffende auf dem Bau, ohne ihrem Verband beizutreten, weiter beschäftigt werde. Daraufhin entließ der Bauführer den christlich organisierten Arbeiter auf dessen Wunsch, ihm im Entlassungsschein bescheinigend, daß er wegen Organisationszwistigkeiten mit seinen „Kameraden“ entlassen werden mußte.

Friedrichshafen, 21. April. Das Luftschifferbataillon in Verlin hat in einem an das Stadtschultheißenamt gerichteten Schreiben, für die so überaus gute und freundliche Aufnahme, die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften bei der geehrten Bürgerschaft der Stadt gefunden haben, den besten und aufrichtigsten Dank ausgesprochen.

Nah und Fern.

Der wegen Verdachts der Brandstiftung an einer Scheuer in der Bräckerstraße in Cannstatt festgenommene ist ein 23 Jahre alter Knecht und hat ein Geständnis dahin abgelegt, daß er den Ausbruch des Feuers fahrlässigerweise verschuldet habe. Er wurde dem Gericht übergeben.

Aus Laudenbach wird vom 21. gemeldet: Heute nacht brannte hier die Lumpen-Sortieranstalt von S. Fetschenbach (die Firma hat ihren Sitz in Mergentheim) nieder. Die Haderfortieranstalt befand sich in einer großen Scheune, die zum hiesigen fürstlichen Schloß gehört. Das Schloß war sehr gefährdet. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf die Scheune und ein daneben stehendes Wohngebäude zu beschränken. Der Brand ist um 1/2 Uhr aus unbekannter Ursache ausgebrochen.

In Schramberg brach in dem Gebäude der Witwe Sedinger auf dem Böhle Feuer aus, das durch den Wind stark entflammt wurde und in kurzer Zeit das Haus in Asche legte.

Vom Münchner Schnellzug, der abends 1/2 12 Uhr in Ulm eintrifft, wurden auf der Strecke 77 Stück Schafe überfahren und germalmt. Die Tiere hatten ihren Pferch durchbrochen und sich auf dem Bahndamm gelagert.

Gerichtssaal.

Der Moltke-Harden-Prozess.

Berlin, 20. April. Heute vormittag begann vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I die Verhandlung des neuen Prozesses Moltke-Harden. Die Vorgeschichte des Prozesses ist bekannt. Eine Reihe von Artikeln der „Zukunft“, die sich über die Zeit vom Oktober 1906 bis April 1907 verteilten, beschäftigten sich mit dem Einfluß, den der Fürst Philipp zu Eulenburg und die Liebenberger Tafelrunde nach der Ansicht des Herausgebers der „Zukunft“ auf den Kaiser zu erringen suchten, mit gewissen anormalen Gefühlsrichtungen einiger Herren dieses Kreises und mit der Gefahr, die nach Ansicht des Verfassers darin liege, wenn ein Kreis so gearteter Männer Einfluß auf die Entschlüsse des Herrschers gewinne. Graf Kuno von Moltke erblinde in einzelnen Stellen dieser Artikel den Vorwurf, daß er homosexuelle Neigungen habe und strengte, nachdem die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt hatte, die Privatklage an. Diese wurde in den Tagen vom 23. bis 29. Oktober 1907 vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Kern verhandelt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten Maximilian Harden. Gegen das Urteil legte der Privatkläger Berufung ein. Es kam aber zu einer Verhandlung in der Berufungsinstanz nicht, denn nun bemächtigte sich plötzlich der jetzige Generalstaatsanwalt Dr. Isenbiel der Angelegenheit. Die Privatklage wurde waggewischt und an ihre Stelle eine öffentliche Anklage gesetzt. Diese wurde in den Tagen vom 16. Dezember 1907 bis 3. Januar 1908 verhandelt. Eine zweitägige Unterbrechung fand im Anfang der Verhandlung wegen Erkrankung Gardens, eine dreitägige während der Weihnachtsfeiertage statt. Am 3. Januar endete die Verhandlung mit der Verurteilung Gardens zu vier Monaten Gefängnis. Die aufsehenerregenden Einzelheiten dieser gerichtlichen Prozedur und der hierbei geleistete Zeugeneid des Fürsten Eulenburg, der später zu dem Reineidsverfahren geführt hat, sind wohl noch in aller Erinnerung. Gegen das Urteil legte Maximilian Harden Revision ein, die am 22. und 23. Mai 1908 den zweiten Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten v. Bälou beschäftigte. Das Reichsgericht hat dann auf Grund der erhobenen Prozessbeschwerden das Urteil aufgehoben, und so hat sich die vierte Strafkammer noch einmal mit dieser Anklage zu beschäftigen.

In der heutigen Verhandlung bemängelte der Verteidiger Justizrat Bernstein in längerem Ausführungen die Zuständigkeit des Gerichts. Er führte aus,

nach der augenblicklich geltenden Judikatur des Reichsgerichts sei die Ueberführung des Privatklageverfahrens in ein öffentliches, bevor das Privatklageverfahren beendet sei, unzulässig, das vorliegende Verfahren also gesegwidrig. Dazu komme, daß beide Parteien eine Form des Ausgleiches gefunden hätten. Der Staatsanwaltschaft sei von beiden Parteien ein Schriftstück überreicht worden, wonach der Angeklagte seine Erklärung wiederhole, daß er den Grafen Moltke der Homosexualität nicht beschuldigt habe, wonach ferner Graf Moltke diese Erklärung akzeptiere. Der Oberstaatsanwalt widersprach dem Antrag des Verteidigers Justizrat Dr. Bernstein. Die Sache sei vom Reichsgericht an die Strafkammer verwiesen worden. Sonach müsse verhandelt werden, obwohl die Uebernahme der Privatklage in das jetzige Verfahren der heutigen Auffassung des Reichsgerichts nicht mehr entspreche. Nach weiteren Bemerkungen des Justizrats Dr. Sello, der im Namen des Nebenklägers Grafen Moltke sprach, ferner nach Bemerkungen Maximilian Gardens, des Oberstaatsanwalts und der Verteidiger beschloß das Gericht nach halbständiger Beratung, den Antrag der Verteidigung abzulehnen und in die Verhandlung einzutreten. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte der Oberstaatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschloß, während der Verlesung der unter Anklage stehenden Artikel die Öffentlichkeit noch aufrecht zu erhalten, sie jedoch nachher ganz auszuschließen. Nach sehr langer Beratung beschloß der Gerichtshof, lediglich dem Nebenkläger Grafen Kuno v. Moltke eine Frage wegen homosexueller Veranlagung bzw. Betätigung vorzulegen, von jeder weiteren Beweisaufnahme jedoch Abstand zu nehmen. Graf Kuno v. Moltke erklärte unter seinem Eid, daß er nicht homosexuell veranlagt sei. Die Beweisaufnahme war damit geschlossen. Der Oberstaatsanwalt Dr. Preuß beantragte nach längerem Plaidoyer, 600 Mark Geldstrafe gegen Gardens. Der Vertreter des Nebenklägers, Justizrat Dr. Sello, stellte die Strafbemessung dem Gericht anheim. Der Verteidiger Justizrat Bernstein beantragte Freisprechung. Erst abends verkündete der Gerichtshof folgendes Urteil: Der Angeklagte Gardens wird wegen Beleidigung des Grafen Moltke zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Unermögensfalle tritt an Stelle der Geldstrafe für je 15 M 1 Tag Gefängnis. Die inframittierten Artikel sind unbrauchbar zu machen. Dem Kläger wird das Recht zugesprochen, den Tenor des Urteils auf Kosten des Angeklagten in der „Zukunft“, der „Voll. Ztg.“ und der „Kreuzzeitung“ zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten zur Last gelegt. — Straferschwerend kam die Schwere der Beleidigung und der Umstand in Betracht, daß die hohe Stellung des Klägers erschüttert wurde, strafmildernd, daß der Angeklagte nicht aus unedlen Motiven gehandelt hat.

Hall, 20. April. Vom hiesigen Schwurgericht wurde gestern der 44 Jahre alte Schuhmachergehilfe Joseph Blattner von Wolfach in Baden wegen eines Sittlichkeitsverbrechens und Körperverletzung zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Blattner hatte das Sittlichkeitsverbrechen am 26. Dezember v. J. in Künzelsau an einem fünfjährigen Mädchen verübt und das Kind dabei durch einen Messerstoß gefährlich verletzt. Der Angeklagte ist Sadist, er hat bereits 16 Jahre Zuchthaus wegen Sittlichkeitsdelikten verbüßt.

Aus Baden, 20. April. Das Schwurgericht in Karlsruhe hat den 18 Jahre alten Jasser August Redinger aus Eutingen wegen vollendeten und versuchten Diebstahls, sowie wegen einfacher Todtschlags unter Verletzung mildernder Umstände zu zehn Jahren acht Monaten Zuchthaus, abzüglich zwei Monaten Untersuchungshaft und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Es handelte sich um den bekannten Eutingen Mord vom 16. Februar ds. J.

Der „jüdische“ Einjährige.

Vor dem Kriegsgericht der 29. Division in Mülhausen wurde gegen den Rittmeister der 3. Eskadron des Jäger-Regiments Nr. 5 Graf v. Gersdorff verhandelt, der durch vorschriftswidrige Behandlung und fortgesetzte Beleidigung den Einjährigen Bloß zum Selbstmord getrieben, ferner durch verschiedene Neuerungen den Vater des Einjährigen beleidigt hat. Der Angeklagte war zunächst 8 Monate vom Dienst dispensiert. Die Beweisaufnahme ergab, daß die drei Tage Mittelareit, die dem Selbstmord vorausgegangen sind und als unmittelbares Motiv dazu angesehen wurden, nicht von dem Angeklagten, sondern von dem Oberleutnant verübt worden waren. Auf der anderen Seite wurde erwiesen, daß der Angeklagte sich zu persönlichen und antisemitischen Gehässigkeiten habe hinreisen lassen. Das Gericht nahm einen einzigen Fall von Beleidigung, begangen durch den Ausdruck „Judenjunge“ oder „Judenlummel“, als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu 2 Tagen Arrest.

Handel und Volkswirtschaft.

Stuttgarter Stadtanleihe. Es finden zurzeit Unterhandlungen statt bezüglich Aufnahme einer vierprozentigen Stuttgarter Stadtanleihe im Betrag von 10 Mill. Mark. Hierbei handelt es sich aber nicht etwa um neue Schulden. Es ist, wie die Württ. Zeitung meldet, schon vor längerer Zeit von der Stadtverwaltung ein bestimmtes Anleihenprogramm aufgestellt worden, dessen Ausführung sich naturgemäß nach der Lage des Geldmarktes richten mußte. Mit einer Aufnahme dieser Anleihe soll nun ein Teil jenes Anleihenprogramms, das 33 Mill. umfaßt, verwirklicht werden. Die Anleihe dient zur Deckung der Kosten einer Reihe städt. Unternehmungen.

Stuttgarter, 20. April. Auf dem Bierbrennertag wurde heute über die Lage des Bierbrennereiwesens in Württemberg berichtet. Die Lage ist im allgemeinen zufriedenstellend. Die am letzten Sonntag erzielten Preise bewegten sich zwischen 260 und 280 Mk. Der Umsatz beträgt etwa 260 000 T. A.

Württemberg.

Die Finanzkommission des Landtags hat bei Kapitel 3011- und Reichssteuerverwaltung zwei neue Finanzsekretäre, zwei neue Revisionsassessoren und einen neuen Salzsteuerassessor genehmigt, dagegen fallen 5 Zudeckungsstellen weg. Bei Tit. 6 B erscheint eine größere einmalige Ausgabe für die Vergrößerung und Verschönerung des Hauptzollamtsgebäudes in Friedrichshafen im Betrag von 96 000 M. Im Verlauf der Debatte konnte sich die Mehrzahl der Kommission von der Dringlichkeit des Baus nicht überzeugen und lehnt deshalb die Forderung mit 8 gegen 5 Stimmen ab. In Kap. 107 Bezirksfinanzverwaltung wurde die Oberreisstellen des Vorstandes des Hauptzollamts in Stuttgart genehmigt.

Ohnden, 21. April. Unserem Ort steht nächster Zeit eine Ortsvorsteherwahl bevor. Schultheiß Maier, der sein Amt seit 30 Jahren verübt, wird mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Amt am 1. Juni ds. J. niederlegen. Er steht im 76. Lebensjahr. Es ist nun der Wunsch der meisten Bürger, die Stelle durch einen Nachmann besetzen zu lassen. In diesem Sinne haben auch die beiden bürgerlichen Kollegien beschlossen, den Gehalt des künftigen Ortsvorstandes zu erhöhen und die Stelle zur Bewerbung auszusprechen.

Calw, 20. April. Am letzten Samstag war in Eßelsheim Schultheißenwahl. Gewählt wurde Johannes Kaulbetz von Göttersingen, z. Bz. Verwaltungsassistent in Heilbronn, mit 73 Stimmen. Karl Ruf, Gemeindevorstand in Eßelsheim, erhielt 67 Stimmen.

Rottenburg, 20. April. Der Verbandrevisor Steidle hat die Untersuchung bei der Darlehenskasse beendet und die Beruntrennungen Schnell auf 42 000 Mark berechnet. Der Verlust soll gedeckt werden teils durch die Kautions Schnell in Höhe von 5 000 M., teils durch den Reservefonds von 20 000 M. und durch den Inhalt der Konkursmasse, sowie durch die von einer Generalversammlung aufzubringenden Mittel.

Ulm, 20. April. Die Dotationsgeschichte er hält jetzt einen pikanten Beigeschmack durch die Mitteilung, daß die Frau Oberbürgermeister v. Wagner das treibende Element war. Bekanntlich verzichtete der Oberbürgermeister beim Verkauf des Fürstenegger Hofes auf den Spekulationsgewinn, weil diese Mehrforderung des „bonapartistenfreundlichen“ Herrn großen Staub aufgeworfen hatte. Mit dieser der Klugheit entspringenden Selbstlosigkeit

* **Besitzwechsel.** Das Gasthaus zur Eintracht ist für den Preis von 63 400 Mark in die Hände des Herrn Mehgermeisters Hermann Schmid übergegangen. Uebernahme erfolgt am 15. Juni.

Die Spielkarte.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die französischen Kartenspiele coour, pique, carreau, trièfle sind jüngere Umbildungen der italienischen und wohl durch die deutsch-niederländischen vermittelt. Die ursprünglich naturalistischen Zeichen sind in ihnen derart in der stilisierten Form aufgegangen, daß sie fast das Aussehen von geometrischen Figuren gewonnen haben. Dem Uebergange der Kreisrunden donari in die starre Winkelform des carreau liegt wahrscheinlich nur eine Zweckmäßigkeitsrücksicht zu Grunde; neben den geschwungenen Linien der coours und piques sollten in den übrigen Farben die geraden Linien (als Kreuz- und Kreuzform) zur Geltung kommen. Zeugnen läßt sich nicht, daß in den französischen Kartenbildern die Deutlichkeit bis zu einem sehr hohen Grade entwickelt worden ist, so daß es nicht wunder nehmen kann, wenn das französische System sich die Welt erobert und die älteren Formen fast ganz und gar zurückgedrängt hat. Auch in Deutschland hat sich die ältere Form nur stellen- oder strichweise behaupten können, doch sind neben den fremden Bezeichnungen von jeher einheimische, nicht durchweg auf Uebersetzung beruhende, einbergegangen: Herz, Schuppen, Eckstein, Kreuz. In England haben sich Spuren einer älteren nationalen Karte nicht erhalten, gleichwohl erinnern die Namen der Kartenspiele immer noch an das einstige italienische Vorbild. Die erste rote Farbe trägt wie im Deutschen und Französischen den Namen Herz, hoart; die erste schwarze hat seltsamerweise die alte italienische Be-

nennung spado beibehalten, obgleich als Zeichen die französische pique erscheint; das Wort diamond ist eine wörtliche Uebersetzung des französischen carreau, wogegen bei der letzten Farbe, club, wieder eine Uebersetzung vorliegt, die aber nicht auf das Französische, sondern auf das Italienische zurückgeht (club: Keule — bastone: Stab). In England scheinen daher anfänglich auch die italienischen Karten oder eine diesen sehr nahe kommende Abart gebräuchlich gewesen zu sein.

Auf ähnliche Verhältnisse wie die Abzeichen deuten auch die Bilder der verschiedenen Spielarten hin. In dem italienischen Spiel heißen die drei Bilderkarten: re, König; cavallo, Reiter; fant, Fußsoldat. Die niederländisch-deutschen Bilder sind: König, Ober und Unter; der Reiter ist somit hier in die obere Klasse des Fußsoldaten übergegangen (die alte Tarockkarte hat ihn sich indes auch in ihrer deutschen Gestalt als „Cavall“ gewahrt). Die französische Karte behält König und Fußknecht (roi und valet) bei, läßt aber zwischen sie anstatt des Kavaliere die „Dame“, das heißt die Königin, treten, die in der englischen Karte auch unter diesem Namen (queen zwischen king und knave) erscheint. Die französischen Bilder gehen in Deutschland unter den entsprechenden Uebersetzungen, nur führt der valet die Bezeichnung „Bube“ oder „Bauer“ (Studentisch-burcheitos auch „Kasser“).

Die französischen Kartenbilder hatten in früherer Zeit individuelle Namen teils nach Helben und Heldinnen der Volksüberlieferung, teils nach solchen der Ritterromane. So hießen die Könige: Karl, David, Alexander und Cäsar, die Damen: Judith, Ballas, Rachel, Argine, und die Buben: Hector, Ogier, Labire und Lancelot. Von ähnlichen Benennungen haben sich in Deutschland nur Spuren erhalten, und nur bei zwei Bildern, dem Eichel- und dem Grün-

Unter; ersterer wird in einigen Gegenden Deutschlands „Wenzel“ (Wenzeslaus), letzterer „Baste“ (Sebastian) genannt; anderwärts wieder gehen die sämtlichen Unter unter dem Namen „Wenzel“, wahrscheinlich aus einer verflümmerten Erinnerung an ehemalige andre Verhältnisse.

April, April!

Weiß nicht was er will,
Ist gar ein launischer Gesell,
Bald düster, bald hell,
Bald lacht er wie Maien Sonnenschein
Die freundlich und hell ins Herz hinein
Und grüßt dich mit Blicken, mit frühlingwarmen,
Bald weint und heult er zum Erbarmen.
Bald läßt er des Sommers Strahlen blitzen,
Daß Verlen dir von der Stirne schwichen.
Bald rüttelt und schüttelt er deine Glieder
Und hagelt und wettert wild hernieder.

Termin-Kalender.

Veranstaltungen, Holzverkäufe, Submissionen etc.
Gemeinde Feldrennach.

Holz-Verkauf am Samstag, den 24. April, vorm.
von 10 Uhr an auf dem Rathaus: tannene und eichene Stämme, tannene Baustrangen, eichene Gartenpfosten, tannene Ausschußstrangen, eichene Wagnerstrangen, eichene, buchene und tannene Prügel.

Schwann.
Enzgan-Züngerbund. Am Sonntag, den 25. April, nachm. 2 1/2 Uhr im Gasthaus zum „Waldhorn“ Gau-Verammlung.

Druck und Verlag der Verab. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantw. Redakteur: E. Reinhardt, daselbst.

Zahlungs-Aufforderung.

Da die Einkommensteuer pro 1908/09 bereits am 1. Februar l. Js. und die übrigen Steuern und Abgaben am 31. März l. Js. vollständig zur Zahlung verfallen sind, so werden die Restanten hiermit aufgefordert,

längstens bis 1. Mai ds. Js.

bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung Zahlung zu leisten.

Den 13. April 1909. Die Stadtpflege.

Vergebung von Bauarbeiten

am 24. April, vormittags 11 Uhr
auf dem Rathaus:

Rennbachstrasse:

Besuch des Schotters vom Bahnhof samt Entladen des Waggons und Abladen an den zu bezeichnenden Stellen.

100 cbm zu 4.— M. 400 M.

Sommerberg:

Verlängerung des neuen Zufahrtsweges vom Schneisenweg bis zum Hermannsweg
105 km fit u. fertig hergestellt 5,50 M. 577,50 M.
15 km 15 cm weite Zementröhren
verlegt zu 3.— M. 45.— M.
Zusammen 622,50 M.

Zeichnung, Voranschlag und Bedingungen können auf dem Stadtbauamt eingesehen werden.

Stadtbauamt: Munk.

Freiwillige Versteigerung.

Am Montag, den 26. April l. Js. werden im Pfandlokal nachstehende Gegenstände öffentlich gegen bare Bezahlung versteigert:

1 Ovale Tisch, 1 Waschtisch, ein Bücherständer, ein Petroleumherd

und sonstige verschiedene Fahrnisgegenstände, wozu Liebhaber eingeladen sind.

Wildbad, den 22. April 1909.
Exekutionskommissär: C. W. Vott.

Wildbad.

Zur Feier unserer

Hochzeit

laden wir hierdurch Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Samstag, den 24. April 1909** in den Gasthof zum **föhlen Brunnen** freundlichst ein und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Fritz Krauss Mina Fiechtner

Kirchgang um 1/4 1 Uhr vom Gasth. z. wilden Mann aus.

Schellfische Kabeljau

Kotzungen

empfiehlt **Adolf Blumenthal.**

Drucksachen aller Art

stellt schnell und preiswert her **B. Hofmannsche Buchdruckerei.**

Liederkranz Wildbad

Heute abend 8 Uhr im Gasth. zur Eisenbahn **Zusammenkunft zu einem gemütl. Bierabend**
Besprechung wegen Besuchs der Gauversammlung in Schwann am nächsten Sonntag. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Ev. Kirchenchor

Donnerstag abend 8 Uhr **Singstunde**

Anmeldungen zum Ausflug nach Sirlau.
Pünktliches u. vollständiges Erscheinen wird erwartet.
Gut möbliertes

Zimmer

am liebsten in einem Gasthof an einzelnen Herrn per Mai auf ca. 14 Tage gesucht.
Gest. Offerten mit Preis, evtl. f. volle Pension, an **Max Krause Steinach Sa.** erbeten.

Das Stimmen von Klavieren

sowie auch Reparaturen werden gut und gewissenhaft ausgeführt.
Näheres in der Exped. [148]

Freibank.

Von Freitag mittag ab ist junges fettes **Kuhfleisch** das Pfund zu 50 Pfg. zu haben.

Zink-Badewanne

fast neu, billig zu verkaufen.
Eiberg Nr. 127.

Flechten

akute und trockene Schuppenflechte akroph. Ekzema, Hautausschläge, aller Art **offene Füße**
Reinwunden, Beinschwellen, Aderbohle, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;
wer bisher vergeblich hoffte schenkt es werden, mache noch eines Versuch mit der besten bewährten **Rino-Salbe**
von Gift und Skar. Dose Mark 1.15 u. 2.25.
Danke schreiben gerne täglich an.
Voricht in Originalpackung weiss-grün-rot
F. A. Schubert & Co., Weinbilla-Dresden.
Fälschungen weisen man zurück.
Zu haben in den Apotheken.

Herd- und Ofensetzerei

Im Ausmauern und Instandsetzen von Herden, Oefen, Kesseln etc. empfiehlt sich **Richard Steinmetz,** Wildbad, Hauptstraße 148.

Evangel. Arbeiterverein Wildbad

Samstag abends 8 Uhr **Ausschuss-Sitzung**
halb 9 Uhr **Versammlung**
im Hotel Palmengarten.

Besprechung betr. den Besuch der Gauversammlung in Höfen am Sonntag, den 25. April.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Die Hofmannsche Buchdruckerei

Der Freie Schwarzwälder

fertigt in moderner, geschmackvoller Ausführung prompt und zu zivilen Preisen

Tel. 41 **Drucksachen aller Art**

Programme, Eintritts-, Mitglieds-, Einladungs-, Visiten-, Verlobungs-, Vermählungs- u. Gratulations-Karten, Statuten, Fest- und Tafel-Lieder, Rechnungen u. Quittungen, Tabellen, Mitteilungen, Geschäfts- und Gerichts-Formulare jed. Art, Trauerbriefe und Danksagungs-Karten etc. etc.

Einen ordentlichen **Jungen** Patentbüro
nimmt in die Lehre.
Otto Volz, Sattler und Tapezier.
Pforzheim, (Tel. 1455) Kieulstrasse 3 I.

Flaschenbier.

Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel, in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagerfaß auf Flaschen gezogen, empfiehlt **Wetzel, Rennbachbrauerei.**
Eingetroffen sind die

Frühjahrs-Neuheiten

in **Filz- und Stroh-Hüten**
elegante Formen
Mädchenstrohüten Seidenhüten
Klapphüten von 6,50 Mark an
Mützen f. Herren u. Knaben, neueste Form.
Hosenträger Rucksäcke
Karl Rometsch, Kürschner
NB. Auch werden Pelzwaren den Sommer über zum Aufbewahren angenommen.

Eine große Sendung **Kinderwagen, Leiterwagen, Sportwagen**
ist eingetroffen und empfiehlt **Wilhelm Treiber, Rordmacher.**